

Verfassung  
der  
Deutschen Demokratischen Republik

vom 6. April 1968

In der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung  
der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

vom 7. Oktober 1974

Präambel	Gliederung	
	Abschnitt I	
Grundlagen der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung	Artikel	1— 19
Kapitel 1 Politische Grundlagen	Artikel	1— 8
Kapitel 2 Ökonomische Grundlagen, Wissenschaft, Bildung und Kultur	Artikel	9— 18
	Abschnitt II	
Bürger und Gemeinschaften in der sozialistischen Gesellschaft	Artikel	19— 46
Kapitel 1 Grundrechte und Grundpflichten der Bürger	Artikel	19— 40
Kapitel 2 Betriebe, Städte und Gemeinden in der sozialistischen Gesellschaft	Artikel	41— 43
Kapitel 3 Die Gewerkschaften und ihre Rechte	Artikel	44— 45
Kapitel 4 Die sozialistischen Produktionsgenossenschaften und ihre Rechte	Artikel	46
	Abschnitt III	
Aufbau und System der staatlichen Leitung	Artikel	47— 85
Kapitel 1 Die Volkskammer	Artikel	48— 65
Kapitel 2 Der Staatsrat	Artikel	66— 75
Kapitel 3 Der Ministerrat	Artikel	76— 80
Kapitel 4 Die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe	Artikel	81— 85
	Abschnitt IV	
Sozialistische Gesetzlichkeit und Rechtspflege	Artikel	86— 104
	Abschnitt V	
Schlußbestimmungen	Artikel	105— 108

In Fortsetzung der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse und gestützt auf die Befreiung vom Faschismus hat das Volk der Deutschen Demokratischen Republik in Übereinstimmung mit den Prozessen der geschichtlichen Entwicklung unserer Epoche sein Recht auf sozial-ökonomische, staatliche und nationale Selbstbestimmung verwirklicht und gestaltet die entwickelte sozialistische Gesellschaft.

Erfüllt von dem Willen, seine Geschicke frei zu bestimmen, unbeirrt auch weiter den Weg des Sozialismus und Kommunismus, des Friedens, der Demokratie und Völkerfreundschaft zu gehen, hat sich das Volk der Deutschen Demokratischen Republik diese sozialistische Verfassung gegeben.

Anlage K 161

Artikel 80

- (1) Der Ministerrat ist ein kollektiv arbeitendes Organ. Für die Tätigkeit des Ministerrates tragen alle seine Mitglieder die Verantwortung. Jeder Minister leitet verantwortlich das ihm übertragene Aufgabengebiet.
- (2) Der Ministerrat bildet aus seiner Mitte das Präsidium des Ministerrates.
- (3) Der Vorsitzende des Ministerrates leitet den Ministerrat und das Präsidium.
- (4) Nach Ablauf der Wahlperiode der Volkskammer setzt der Ministerrat seine Tätigkeit bis zur Wahl des neuen Ministerrates durch die Volkskammer fort.

Kapitel 4

Die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe

Artikel 81

- (1) Die örtlichen Volksvertretungen sind die von den wahlberechtigten Bürgern gewählten Organe der Staatsmacht in den Bezirken, Kreisen, Städten, Stadtbezirken, Gemeinden und Gemeindeverbänden.
- (2) Die örtlichen Volksvertretungen entscheiden auf der Grundlage der Gesetze in eigener Verantwortung über alle Angelegenheiten, die ihr Gebiet und seine Bürger betreffen. Sie organisieren die Mitwirkung der Bürger an der Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens und arbeiten mit den gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen zusammen.
- (3) Die Tätigkeit der örtlichen Volksvertretungen ist darauf gerichtet, das sozialistische Eigentum zu mehren und zu schützen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger ständig zu verbessern und das gesellschaftliche und kulturelle Leben der Bürger und ihrer Gemeinschaften zu fördern, das sozialistische Staats- und Rechtsbewußtsein der Bürger zu heben und die öffentliche Ordnung zu sichern, die sozialistische Gesetzlichkeit zu festigen und die Rechte der Bürger zu wahren.

Artikel 82

- (1) Die örtlichen Volksvertretungen fassen Beschlüsse, die für ihre Organe und Einrichtungen sowie für die Volksvertretungen, Gemeinschaften und Bürger ihres Gebietes verbindlich sind. Diese Beschlüsse sind zu veröffentlichen.
- (2) Die örtlichen Volksvertretungen haben eigene Einnahmen und verfügen über ihre Verwendung.

Artikel 83

- (1) Zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung wählt jede örtliche Volksvertretung ihren Rat und Kommissionen. Die Mitglieder des Rates sollen nach Möglichkeit Abgeordnete sein. In die Kommissionen können auch Mitglieder berufen werden, die nicht Abgeordnete sind.
- (2) Der Rat sichert die Entfaltung der Tätigkeit der Volksvertretung und organisiert die Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung in deren Verantwortungsbereich. Er ist der Volksvertretung für seine gesamte Tätigkeit verantwortlich und dem übergeordneten Ratsrechnungspflichtig. Der Rat ist ein kollektiv arbeitendes Organ.

- (3) Die Kommissionen organisieren die sachkundige Mitwirkung der Bürger bei der Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse der Volksvertretung. Sie kontrollieren die Durchführung der Gesetze und anderen Rechtsvorschriften sowie der Beschlüsse der Volksvertretung durch den Rat und dessen Fachorgane.

Artikel 84

Die örtlichen Volksvertretungen können zur gemeinsamen Wahrnehmung ihrer Aufgaben Verbände bilden.

Artikel 85

Die Aufgaben und Befugnisse der örtlichen Volksvertretungen, ihrer Abgeordneten, Kommissionen und ihrer Räte in den Bezirken, Kreisen, Städten, Stadtbezirken, Gemeinden und Gemeindeverbänden werden durch Gesetz festgelegt.

Abschnitt IV

Sozialistische Gesetzlichkeit und Rechtspflege

Artikel 86

Die sozialistische Gesellschaft, die politische Macht des werktätigen Volkes, ihre Staats- und Rechtsordnung sind die grundlegende Garantie für die Einhaltung und die Verwirklichung der Verfassung im Geiste der Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Menschlichkeit.

Artikel 87

Gesellschaft und Staat gewährleisten die Gesetzlichkeit durch die Einbeziehung der Bürger und ihrer Gemeinschaften in die Rechtspflege und in die gesellschaftliche und staatliche Kontrolle über die Einhaltung des sozialistischen Rechts.

Artikel 88

Die Verantwortlichkeit aller leitenden Mitarbeiter in Staat und Wirtschaft gegenüber den Bürgern ist durch ein System der Rechenschaftspflicht gewährleistet.

Artikel 89

- (1) Gesetze und andere allgemeinverbindliche Rechtsvorschriften der Deutschen Demokratischen Republik werden im Gesetzblatt und anderweitig veröffentlicht.
- (2) Rechtsvorschriften der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe werden in geeigneter Form veröffentlicht.
- (3) Rechtsvorschriften dürfen der Verfassung nicht widersprechen. Über Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit von Rechtsvorschriften entscheidet die Volkskammer.

Artikel 90

- (1) Die Rechtspflege dient der Durchführung der sozialistischen Gesetzlichkeit, dem Schutz und der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie schützt die Freiheit, das friedliche Leben, die Rechte und die Würde der Menschen.

(2) Die Bekämpfung und Verhütung von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen sind gemeinsames Anliegen der sozialistischen Gesellschaft, ihres Staates und aller Bürger.

(3) Die Teilnahme der Bürger an der Rechtspflege ist gewährleistet. Sie wird im einzelnen durch Gesetz bestimmt.

Artikel 91

Die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts über die Bestrafung von Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen sind unmittelbar geltendes Recht. Verbrechen dieser Art unterliegen nicht der Verjährung.

Artikel 92

Die Rechtsprechung wird in der Deutschen Demokratischen Republik durch das Oberste Gericht, die Bezirksgerichte, die Kreisgerichte und die gesellschaftlichen Gerichte im Rahmen der ihnen durch Gesetz übertragenen Aufgaben ausgeübt. In Militärstrafsachen üben das Oberste Gericht, die Militärbergerichte und die Militärgerichte die Rechtsprechung aus.

Artikel 93

(1) Das Oberste Gericht ist das höchste Organ der Rechtsprechung.

(2) Das Oberste Gericht leitet die Rechtsprechung der Gerichte auf der Grundlage der Verfassung, der Gesetze und anderen Rechtsvorschriften der Deutschen Demokratischen Republik. Es sichert die einheitliche Rechtsanwendung durch alle Gerichte.

(3) Das Oberste Gericht ist der Volkskammer und zwischen ihren Tagungen dem Staatsrat verantwortlich.

Artikel 94

(1) Richter kann nur sein, wer dem Volk und seinem sozialistischen Staat treu ergeben ist und über ein hohes Maß an Wissen und Lebenserfahrung, an menschlicher Reife und Charakterfestigkeit verfügt.

(2) Die demokratische Wahl aller Richter, Schöffen und Mitglieder gesellschaftlicher Gerichte gewährleistet, daß die Rechtsprechung von Frauen und Männern aller Klassen und Schichten des Volkes ausgeübt wird.

Artikel 95

Alle Richter, Schöffen und Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte werden durch die Volksvertretungen oder unmittelbar durch die Bürger gewählt. Sie erstatten ihren Wählern Bericht über ihre Arbeit. Sie können von ihren Wählern abberufen werden, wenn sie gegen die Verfassung oder die Gesetze verstoßen oder sonst ihre Pflichten gröblich verletzen.

Artikel 96

(1) Die Richter, Schöffen und Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig. Sie sind nur an die Verfassung, die Gesetze und anderen Rechtsvorschriften der Deutschen Demokratischen Republik gebunden.

(2) Die Schöffen üben die Funktion eines Richters in vollem Umfang und mit gleichem Stimmrecht wie die Berufsrichter aus.

Artikel 97

Zur Sicherung der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung und der Rechte der Bürger wacht die Staatsanwaltschaft auf der Grundlage der Gesetze und anderen Rechtsvorschriften der Deutschen Demokratischen Republik über die strikte Einhaltung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit. Sie schützt die Bürger vor Gesetzesverletzungen. Die Staatsanwaltschaft leitet den Kampf gegen Straftaten und sichert, daß die Personen, die Verbrechen oder Vergehen begangen haben, vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden.

Artikel 98

(1) Die Staatsanwaltschaft wird vom Generalstaatsanwalt geleitet.

(2) Dem Generalstaatsanwalt unterstehen die Staatsanwälte der Bezirke und Kreise sowie die Militärstaatsanwälte.

(3) Die Staatsanwälte werden vom Generalstaatsanwalt berufen und abberufen, sie sind ihm verantwortlich und an seine Weisungen gebunden.

(4) Der Generalstaatsanwalt ist der Volkskammer und zwischen ihren Tagungen dem Staatsrat verantwortlich.

Artikel 99

(1) Die strafrechtliche Verantwortlichkeit wird durch die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik bestimmt.

(2) Eine Tat zieht strafrechtliche Verantwortlichkeit nur nach sich, wenn diese zur Zeit der Begehung der Tat gesetzlich festgelegt ist, wenn der Täter schuldhaft gehandelt hat und die Schuld zweifelsfrei nachgewiesen ist. Strafgesetze haben keine rückwirkende Kraft.

(3) Eine strafrechtliche Verfolgung ist nur in Übereinstimmung mit den Strafgesetzen möglich.

(4) Die Rechte des Bürgers dürfen im Zusammenhang mit einem Strafverfahren nur insoweit eingeschränkt werden, wie dies gesetzlich zulässig und unumgänglich ist.

Artikel 100

(1) Über die Zulässigkeit von Untersuchungshaft hat nur der Richter zu entscheiden. Verhaftete sind spätestens am Tage nach ihrer Verhaftung dem Richter vorzuführen.

(2) Der Richter oder der Staatsanwalt haben im Rahmen ihrer Verantwortung jederzeit zu prüfen, ob die Voraussetzungen der Untersuchungshaft noch vorliegen.

(3) Der Staatsanwalt hat nächste Angehörige des Verhafteten innerhalb von 24 Stunden nach der ersten richterlichen Vernehmung zu benachrichtigen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn durch die Benachrichtigung der Zweck der Untersuchung gefährdet wird. In diesen Fällen erfolgt die Benachrichtigung nach Wegfall der Gefährdungsgründe.

Artikel 101

(1) Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

(2) Ausnahmegerichte sind unstatthaft.

Artikel 102

- (1) Jeder Bürger hat das Recht, vor Gericht gehört zu werden.
- (2) Das Recht auf Verteidigung wird während des gesamten Strafverfahrens gewährleistet.

Artikel 103

- (1) Jeder Bürger kann sich mit Eingaben (Vorschlägen, Hinweisen, Anliegen oder Beschwerden) an die Volksvertretungen, ihre Abgeordneten oder die staatlichen und wirtschaftlichen Organe wenden. Dieses Recht steht auch den gesellschaftlichen Organisationen und den Gemeinschaften der Bürger zu. Ihnen darf aus der Wahrnehmung dieses Rechts kein Nachteil entstehen.
- (2) Die für die Entscheidung verantwortlichen Organe sind verpflichtet, die Eingaben der Bürger oder der Gemeinschaften innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist zu bearbeiten und den Antragstellern das Ergebnis mitzuteilen.
- (3) Das Verfahren der Bearbeitung der Eingaben wird durch Gesetz bestimmt.

Artikel 104

- (1) Für Schäden, die einem Bürger oder seinem persönlichen Eigentum durch ungesetzliche Maßnahmen von Mitarbeitern der Staatsorgane zugefügt werden, haftet das staatliche Organ, dessen Mitarbeiter den Schaden verursacht hat.
- (2) Voraussetzungen und Verfahren der Staatshaftung werden durch Gesetz geregelt.

Abschnitt V

Schlußbestimmungen

Artikel 105

Die Verfassung ist unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 106

Die Verfassung kann nur von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik durch Gesetz geändert werden, das den Wortlaut der Verfassung ausdrücklich ändert oder ergänzt.

Herausgeber: Büro der Ministerräte der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 - Redaktion: 102 Berlin, Klosterstraße 47, Telefon: 209 36 33 - Für den Inhalt und die Form der Veröffentlichungen tragen die Leiter der staatlichen Organe die Verantwortung; die der Unterzeichnung vornehmen: - Veröffentlichung unter Lizenz-Nr. 751 - Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Großwold-Straße 17, Telefon: 209 45 01 - Erscheinung nach Bedarf - Pfortaufender Bezug nur durch die Post - Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,30 M, Teil II 3,- M - Einzelhefte 0,50 M - Einzelhefte bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M. - Einzelhefte bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weiteren 16 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 112 Seiten 0,40 M. - Abbestellungen beim Zentral-Vertrieb Erfurt; 301 Erfurt, Postfach 494. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in den Bestandsorten. - Für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädter Straße 15, Telefon: 229 22 23. - Gesamtbezug: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffendruck) Index 31 817



# GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1974	Berlin, den 2. Oktober 1974	Teil I Nr. 48
Tag	Inhalt	Seite
27. 9. 74	Gesetz über die Verfassung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik - Gerichtsverfassungsgesetz	457

**Gesetz**  
**über die Verfassung der Gerichte**  
**der Deutschen Demokratischen Republik**  
**- Gerichtsverfassungsgesetz -**  
 vom 27. September 1974

<b>Inhaltsverzeichnis</b>		
<b>I. Kapitel: Grundsätze</b>	§§ 1-21	
Gerichtssystem	§ 1	Besetzung und Organe
Geltungsbereich	§ 2	Aufgaben und Besetzung des Präsidiums
Aufgaben der Rechtsprechung	§ 3	Aufgaben und Besetzung der Senate
Gegenstand der Rechtsprechung	§ 4	Aufgaben des Direktors
Wahlbarkeit und Unabhängigkeit der Richter und Schöffen	§ 5	Sekretäre des Bezirksgerichts
Kollektivität der Rechtsprechung	§ 6	<b>2. Abschnitt: Oberstes Gericht</b>
Ausschließung oder Ablehnung	§ 7	Stellung
Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz	§ 8	Zuständigkeit
Mitwirkung an der Rechtsprechung	§ 9	Besetzung und Organe
Öffentlichkeit der Verhandlung	§ 10	Stellung und Aufgaben des Plenums
Mündlichkeit der Verhandlung	§ 11	Aufgaben und Besetzung des Präsidiums
Gerichtssprache	§ 12	Stellung und Aufgaben der Kollegen und Senate
Recht auf Vertretung und Verteidigung	§ 13	Aufgaben des Präsidenten
Mitwirkung des Staatsanwalts im Gerichtsverfahren	§ 14	Sekretäre des Obersten Gerichts
Gerichtliche Entscheidungen	§ 15	<b>3. Kapitel: Richter und Schöffen</b>
Rechtsmittel und Kassation	§ 16	Voraussetzungen der Wahl
Zusammenarbeit mit den örtlichen Volksvertretungen	§ 17	Grundpflichten der Richter und Schöffen
Zusammenarbeit mit anderen Organen	§ 18	Wahl der Direktoren, Richter und Schöffen der Kreis- und Bezirksgerichte
Maßnahmen zur Beseitigung von Rechtsverletzungen und ihrer Ursachen und Bedingungen	§ 19	Aufgaben der Wahlvorbereitung
Zentrale Leitungsorgane	§§ 20-31	Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten, der Richter und der Schöffen des Obersten Gerichts
Verantwortung und Aufgaben bei Obersten Gericht	§ 20	Verpflichtung
Verantwortung und Aufgaben bei Mittelinstanz der Justiz	§ 21	Einsetz der Schöffen
<b>2. Kapitel: Gerichte</b>	§§ 22-43	Erstattung von Aufwendungen der Schöffen
<b>1. Abschnitt: Kreisgericht</b>	§§ 22-28	Abordnungen
Bildung	§ 22	Abberufung
Zuständigkeit	§ 23	Nachwahl
Aufgaben des Kreisrichters	§ 24	Disziplinarische Verantwortlichkeit der Richter
Wahlbarkeit und Unabhängigkeit der Richter	§ 25	<b>4. Kapitel: Besondere Bestimmungen</b>
Besetzung und Organe	§ 26	Beteiligung von der Rechtsprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik
Aufgaben des Direktors	§ 27	Verhältnisse
Verhältnis zum Kreisjustizrat	§ 28	<b>5. Kapitel: Wahlvorbereitungen</b>
Verhältnis zum Kreisjustizrat	§ 29	Beteiligung von der Rechtsprechung und
<b>2. Abschnitt: Bezirksgericht</b>	§§ 30-37	Verhältnisse der Wahlvorbereitungen
Bildung und Stellung	§ 30	Verhältnisse der Wahlvorbereitungen
Zuständigkeit	§ 31	Verhältnisse der Wahlvorbereitungen
	§ 32	Verhältnisse der Wahlvorbereitungen
	§ 33	Verhältnisse der Wahlvorbereitungen
	§ 34	Verhältnisse der Wahlvorbereitungen
	§ 35	Verhältnisse der Wahlvorbereitungen
	§ 36	Verhältnisse der Wahlvorbereitungen
	§ 37	Verhältnisse der Wahlvorbereitungen